

Betreff: Gleiche Wettbewerbsbedingungen auf den europäischen Energiemärkten und eine neue europaweite Bewertung der nuklearen Risiken

In Anbetracht der Tatsache, dass tragfähige und rasche Lösungen erforderlich sind, um die Energiezukunft Europas angesichts der Klimakrise zu sichern, engagiere ich mich für eine rasche, ökologische und wirtschaftlich erschwingliche Energiewende und nutze diese Gelegenheit, um Vorschläge zu unterbreiten, wie eine Energiewende ohne Rückgriff auf die Atomenergie erleichtert werden kann.

Das bedeutet auch, den Euratom-Vertrag in Frage zu stellen, der direkt und indirekt die Atomenergie unterstützt.

Der schnellste und einfachste Weg, um gleiche Wettbewerbsbedingungen für erneuerbare Energien und Atomenergie zu schaffen, wäre jedoch eine Reform des europäischen Haftungssystems für Atomenergie. Alle Atomhaftungsabkommen haben eines gemeinsam: Wenn die Versicherung im Falle eines schweren nuklearen Unfalls nicht ausreicht, müssen die Steuerzahler_innen für die restlichen Kosten aufkommen. Das letzte Abkommen zu diesem Thema stammt aus dem Jahr 1997, was bedeutet, dass es seit der Katastrophe von Fukushima keine Neubewertung mehr gegeben hat.

Im Jahr 2014 schätzte eine IRSN-Studie, dass ein schwerer Unfall in Frankreich mindestens 430 Milliarden Euro kosten würde. Versichert sind in Frankreich aber nur Schäden bis 1,2 Milliarden Euro.

Außerdem können wir folgende Risiken nicht mehr ausschließen:

- Kriegsrisiken (Saporischschja, Tschernobyl)
- extreme Wetterphänomene: riesige Überschwemmungen oder lange Dürreperioden
- Risiken aufgrund der Laufzeitverlängerungen von Atomkraftwerken

Ich fordere daher dringend ein einheitliches, harmonisiertes europäisches Atomhaftungsrecht, in dem alle derzeitigen und zukünftigen Atomkraftwerksbetreiber verschuldensunabhängig und unbegrenzt haften und die Betreiber wie in Österreich und Deutschland nicht von der Haftung aufgrund von Krieg oder Naturkatastrophen befreit sind.

Mit freundlichen Grüßen,